

Liebe Genossinnen und Genossen,



Workshops zur Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms 2013-2018 statt. Ich

wir gehen immer weiter auf die Kommunalwahlen zu. Auf Kreisebene kann man das an den Aktivitäten zum Wahlprogramm erkennen.

Am 7. September fand unser erster von drei

hätte mir zwar etwas mehr Beteiligung gewünscht, doch die, die da waren, haben sehr gut und effektiv gearbeitet. Am 28. September in Kellenhusen und am 2. November in Neustadt finden die nächsten Workshops statt. Wer Zeit hat, kann gern noch einsteigen und seine Expertise einbringen. Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass Elemente des Kreiswahlprogramms durchaus auch auf die städtischen und gemeindlichen Wahlprogramme herunter gebrochen werden können. Die Mitarbeit lohnt sich also doppelt für euch.

Ein weiteres Highlight sind die Vorbereitungen für das 150-jährige Jubiläum unserer guten alten SPD. Wir wollen 2013 nicht nur für die Kommunal- und Bundestagswahl kämpfen, sondern uns auch feiern. Dazu mehr auf Seite 7. ■

Mit solidarischem Gruß
Euer

Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

Köpfe setzten Zeichen!



Foto © Tim Dürbrook

schon bildet die SPD nicht mehr den Altersschnitt der Bevölkerung ab und das hat für uns immer dramatischere Folgen. Zum einen wird es zunehmend schwerer, junge Menschen von einer Mitgliedschaft zu begeistern, zum anderen schlägt es sich in unseren Wahlergebnissen wieder. Die zurückliegende Landtagswahl hat leider wieder deutlich gemacht, dass wir bei jungen Menschen gleichauf mit Grünen und Piraten sind. Volkspartei? Bei jungen Menschen schon längst nicht mehr!

Woran liegt unser schlechtes Abschneiden? An unseren Inhalten? Das glaube ich ehrlich gesagt nicht. Ich glaube, dass auch für die jungen Generationen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wichtig sind. Also müssen die Gründe andere sein.

Und hier komme ich zwangsläufig auf unsere Köpfe. Ich möchte jetzt gar nicht so weit gehen und auf die Bundesebene

verweisen, wo drei Herren fortgeschrittenen Alters grade eindrucksvoll beweisen, wie man eine Kanzlerkandidatur versiebt, während die grüne Konkurrenz sich traut und einen Mitgliederentscheid startet. Nein, an dieser Stelle weiter zu machen würde den Rahmen sprengen, weswegen ich gerne bei uns im Kreis bleiben möchte.

Im kommenden Mai stehen die Kommunalwahlen an und in vielen Ortsvereinen laufen bereits die Nominierungen. Erfreulicherweise werden in voraussichtlich sechs Ortsvereinen Jusos für kommunale Mandate kandidieren, zusätzlich kommen noch vier Kandidaturen für den Kreistag. Für uns als SPD ist das eine hervorragende Gelegenheit. Wir können zeigen, dass sich auch junge Menschen in unserer Partei engagieren, dass sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und eine Generation vertreten wollen, die in den Kommunalparlamenten meist keine Stimme hat.

Aber wir Jusos kennen die Bedenken, die es in vielen Ortsvereinen gibt und wir nehmen sie ernst. Da kommen junge Mitglieder, teilweise kaum zwei Jahre in der Partei und wollen sichere Listenplätze haben. An anderer Stelle geht es vielleicht sogar um den lange Jahre gehegten Wahlkreis. Und wer weiß denn schon, ob diese Jungspunde in fünf Jahren wirklich noch in der Gemeinde leben? Zugegeben, diese Bedenken sind berechtigt. Natürlich

ist es schwer sich nach jahrzehntelangem Engagement auf einem hinteren Listenplatz wieder zu finden. Natürlich hängt man am eigenen Wahlkreis und zugegebenermaßen – die meisten von uns Jusos können heute noch nicht mit 100-prozentiger Wahrscheinlichkeit sagen, wo es uns beruflich in fünf Jahren hin verschlägt. Das spiegelt (leider) die Lebensrealität unserer Generation wieder.

Aber genau diese andere Lebensrealität ist die Chance, die genutzt werden muss. Wenn wir über die Schulen in der Gemeinde reden, dann sprechen wir aus eigener Erfahrung. Wenn wir über den ÖPNV reden, dann nutzen wir ihn auch wirklich. Wenn es darum geht, warum junge Menschen Ostholstein verlassen, dann kennen wir jemanden, den es betrifft. Wir Jusos haben die Kommunalwahl in den vergangenen Monaten intensiv vorbereitet, nicht zuletzt mit unserem eigenen Kommunalwahl-Programm.

Für unsere Partei ist es fünf vor zwölf. Nutzt die Chance, die wir Jusos euch bieten. Bindet uns jetzt ein, wagt etwas und lasst uns die Kommunalwahlen rocken! ■

Niclas Dürbrook
Kreisvorsitzender der Jusos

Sozialpolitischer Kahlschlag im Bundeshaushalt

Am 10. September begannen die Beratungen zum Haushalt des Bundes für das nächste Jahr und wir müssen uns – gerade auch im Hinblick auf Ostholstein – mit aller Kraft gegen den erneuten schwarz-gelben Kahlschlag bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wehren. Als Hauptberichtserstatterin im Haushaltsausschuss für das von-der-Leyen-Ministerium und als stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiere ich die Pläne scharf, den Bundeshaushalt auf Kosten der Sozialversicherung aufzubessern. Es muss gelten: Realismus statt Schwarzmalerei, Vorsorge statt Schönfärberei!

Allein im nächsten Jahr wird der Anteil Schleswig-Holsteins an der schwarz-gelben Kürzungsorgie namens Sparpaket, das seit 2010 beschlossene Sache ist, u.a. durch Kürzungen beim Elterngeld, Wohngeld und den Beiträgen an die Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose ohnehin bereits 155 Mio. € betragen.

Für das Jahr 2013 versucht sich die Bundesregierung darüber hinaus auf Kosten der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie der Renten- und Krankenversicherung gesund zu sparen – und verkennt damit die Lage komplett: Die konjunkturellen Überschüsse in den Sozialkassen taugen nicht zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes, sie müssen als Rücklage zur Verfügung stehen, wenn wir die demografisch bedingten Mehrkosten der Rentenversicherung finanzieren müssen oder die Euro-Krise auf den deutschen Arbeitsmarkt durchschlägt.

Schwarz-Gelb hat mit dem ‚Sparpaket‘ strukturelle Kürzungen vor allem zu Lasten der Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien sowie bei der BA von 2011 bis 2016 von insgesamt 36,5 Mrd. € beschlossen – ein sozialpolitischer Kahlschlag ohne Beispiel. Die BA selbst ist mit strukturellen Kürzungen von bisher 4 Mrd. € (2011: 1,5 Mrd. €, 2012: 2,5 Mrd. €) betroffen, die ab 2013 auf jährlich 3 Mrd. € steigen und durch die 2011 beschlossene und harmlos als Instrumentenreform umschriebene Gesetzgebung umgesetzt werden. Seitdem sind gesetzliche Rechtsansprüche von Arbeitssuchenden gestrichen und Pflicht- in Ermensleistungen umgewandelt worden. Arbeitsministerin von der Leyen konnte im Haushaltsausschuss bisher nicht schlüssig erklären, wie diese Milli-

arden zu Lasten der BA gekürzt werden sollen und gleichzeitig die Qualifizierung Arbeitsloser vorangetrieben und den Herausforderungen des Fachkräftemangels effektiv begegnet werden soll. Die Bundesregierung ist in der Bringschuld!

Ein gutes Beispiel für diese schwarz-gelben Plünderungen im Haushalt der BA ist der Gründungszuschuss. Ich bin entsetzt über die aktuellen Zahlen der BA, die belegen, welchen Schaden die schwarz-gelbe Regierung schon 2012 am äußerst erfolgreichen Instrument des Gründungszuschusses angerichtet hat. Besonders betroffen beim Gründungszuschuss sind Lübeck und Ostholstein. Aktuelle Zahlen der Lübecker Agentur für Arbeit beweisen das. Von Januar bis September 2012 sind die Bewilligungen der BA für Existenzgründer um rund 87 % (!) zum Vergleichszeitraum 2011 zurückgegangen – das ist ein Absturz von konkret 413 auf 55 Bewilligungen. Im gleichen Zeitraum schnellte die Anzahl der Menschen, deren Antrag auf einen Gründungszuschuss abgelehnt wurde, von acht auf 62 hoch. Wir brauchen jedoch mutige Menschen, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen und damit Arbeitsplätze schaffen.

Trotz der wissenschaftlichen Bewertung des Gründungszuschusses als Paradebeispiel für ein erfolgreiches Arbeitsmarktinstrument hat Schwarz-Gelb die Mittel dafür von 1,9 Mrd. € im Jahr 2011 für 2012 auf die Hälfte gekürzt, um 2013 jetzt überhaupt keinen eigenen Haushaltsansatz mehr vorzusehen, stattdessen ‚kann‘ der Gründungszuschuss dezentral aus dem Gesamtbudget aus Eingliederungsmitteln bewilligt werden. So wird der Gründungszuschuss de facto abgewrackt. Dabei bestätigen Fachleute (z.B. der IHK), dass Existenzgründer beim Schritt in die Selbstständigkeit in den ersten sechs bis neun Monaten durch notwendige Anfangsinvestitionen und mangelnde Liquidität unverschuldet scheitern können – genau für diese Phase erhielten sie bisher zeitlich befristet den Gründungszuschuss.

Auch bei der Renten- und Krankenversicherung bedient sich die Bundesregierung kräftig. Als Beitrag zur Konsolidierung will Schwarz-Gelb den Bundeszuschuss 2013 zur Rentenversicherung um rund 1 Mrd. € und 2014 bis 2016 um jeweils 1,25 Mrd. € kürzen. Gemeinsam mit der Beitragssatzsenkung von 19,6 auf 19,0



Prozent entstehen der Rentenversicherung deutliche Mindereinnahmen, die – wenn auch im Moment zu verkraften – in Zukunft zu großen Problemen führen können. Und auch das Modell der Zuschussrente von Arbeitsministerin von der Leyen ist bis jetzt mit keinem Euro im Haushaltsgesetz veranschlagt und würde somit zu zusätzlichen Kosten und geringeren Überschüssen führen.

Beim Gesundheitsfonds wird ebenfalls hingelangt und der Zuschuss des Bundes um zwei Mrd. € auf 12 Mrd. € gesenkt. Die finanzielle Ausstattung des Gesundheitsfonds ist aber notwendig, da hier Zusatzbeiträge, die die Krankenkassen von ihren Versicherten verlangen können, abgedeckt werden können, z.B. für Einkommensschwache. Aktuell sind zwar keine Zusatzbeiträge nötig, jedoch beschränken sich die hohen Überschüsse der Krankenkassen, die immer wieder in den Medien genannt werden, auf einige wenige Krankenkassen. Bei geringeren Einnahmen, etwa durch eine höhere Arbeitslosigkeit, würden einige Krankenkassen wieder über Zusatzbeiträge nachdenken müssen.

Die Sozialversicherungen sind dazu gedacht, die Menschen gegenüber den Risiken Alter, Krankheit und Armut abzusichern. Wir müssen in guten Zeiten mit geringer Arbeitslosigkeit und hohen Einnahmen Überschüsse bilden, um in schlechten Zeiten davon zehren können. Das wissen alle – nur die Bundesregierung versucht durch das Plündern der Sozialkassen die eigenen Schwächen beim Sparen zu kaschieren. Die Leidtragenden sind wir alle, wenn wir auf die Überschüsse der Sozialkassen angewiesen sind. ■

Bettina Hagedorn, MdB

Kommunalhaushaltskonsolidierung

Wie es weiter geht

Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung hat gegen den Willen der kommunalen Landesverbände (KLV) und gegen den Willen der Opposition mit dem Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz das Finanzausgleichsgesetz geändert. Mit diesen Änderungen sollten insgesamt 17 Kommunen die Daumenschrauben angesetzt werden. Sie sollten sich für zehn Jahre verpflichten, einen rigiden Sparkurs zu fahren, um sich zu konsolidieren. Sparen ist per se nichts Schlechtes und bei der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen auch notwendig. Allerdings war der Weg falsch. Deshalb hat die SPD im Landtagswahlkampf für die Abschaffung des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes geworben und diesen Passus auch in den Koalitionsvertrag übernommen.

Nach der Regierungsübernahme durch die Schleswig-Holstein-Koalition haben das Innen- und das Finanzministerium

Gespräche mit den KLV geführt und dabei erfahren, dass die KLV eine Modifizierung des Gesetzes einer Aufhebung vorziehen würden. Die Aufhebung des Gesetzes würde einen zeitlichen Verzug mit sich bringen, den sich einige Kommunen nicht leisten können. Deshalb haben die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Abgeordneten vom SSW ein Änderungsgesetz auf den Weg gebracht. Es wird in der Sitzung des Landtages im September eingebracht und in zweiter Lesung im November beschlossen. Also rechtzeitig für die Kommunen, um entsprechend zu reagieren.

Was beinhaltet das Änderungsgesetz? Die Kommunen, die weiterhin die Konsolidierungshilfen in Anspruch nehmen möchten, können dies tun. Die Laufzeit wird bis 2018 (vorher 2021) beschränkt. Es können aber auch die herkömmlichen Fehlbetragszuweisungen gewählt werden.

Mit der Gesetzesänderung werden die Mittel für die Konsolidierungshilfe um 15 Mio. Euro gekürzt und die Mittel für die Fehlbetragszuweisungen um 15 Mio. angehoben. Die Konsolidierungsgemeinde muss keinen Vertrag mehr mit dem Innenministerium schließen. Dadurch wird das ganze Verfahren auch entbürokratisiert.

Festzuhalten bleibt, dass die im Koalitionsvertrag beschlossene Aufhebung des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes nicht durchgeführt wird. Im Koalitionsvertrag ist aber auch geregelt, dass eine andere Konsolidierungshilfe für die Kommunen auf den Weg gebracht werden soll. Da die im Änderungsgesetz enthaltenen Passagen im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden erarbeitet worden sind und ihre Zustimmung finden, muss man nicht entgegengesetzt handeln. Das Ergebnis stimmt und das zählt. ■

Lars Winter, MdL

Lebensmittel wertschätzen

Jedes Jahr wirft jeder Deutsche 81,6 Kilogramm Lebensmittel in den Müll. 65 Prozent dieser Lebensmittelabfälle wären völlig oder zumindest teilweise vermeidbar. Europaweit werden Jahr für Jahr 89 Mio Tonnen Lebensmittel verschwendet.

Wie kann es sein, dass in einer vermeintlich aufgeklärten Gesellschaft so viele Lebensmittel vernichtet oder weggeworfen werden? Ist es die ständige Verfügbarkeit, sind es die prall gefüllten Supermarktregale, die Billigpreise, zu denen kaum ein Landwirt kostendeckend produzieren kann oder ist es schlicht unsere Unkenntnis über die Produktion von Lebensmitteln?

Wer sich des Arbeits- und Energieaufwandes einer Tomate bewusst ist, wird sie kaum leichtfertig in die Tonne werfen. Wir befinden uns vor allem in den westlichen Industrieländern in einer Zeit des Wandels. Neben Massenkonsum und niedrigsten Preisen setzt sich der Trend hin zu mehr Bio und Genuss immer weiter durch. Bewegungen wie Urban Gardening oder Stadtimker haben zum Ziel Natur und Stadt wieder in Einklang zu bringen. Wir müssen diese Chance jetzt nutzen und den Trend unterstützen – damit er nicht ein reines Phänomen einiger Milieus bleibt, sondern eine gesamtgesellschaftliche Bewegung wird. Wie kann nun die europäische Politik diese Entwicklung unterstützen? Das Europäische Parlament forderte in diesem Jahr in einer gemeinsamen Entschließung Maßnahmen, um die Lebensmittelverschwendung in der EU bis 2025 um die Hälfte zu verringern und einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu Lebensmitteln zu erleichtern. Wir haben die EU-Kommission aufgefordert, eine überzeugende Strategie zu entwickeln, die alle 27 Mitgliedstaaten dazu anhält, das Problem systematisch anzugehen. Und auch die Reform der Gemein-



samen Europäischen Agrarpolitik, an der wir im Agrarausschuss gerade arbeiten, bietet Chancen, von politischer Seite der Lebensmittelverschwendung entgegen zu wirken. Denn die Ideen, die auf dem Tisch liegen, werden vor allem regionale Wirtschaftskreisläufe und nachhaltige Landwirtschaft stärken.

Erstaunlich: <http://resterechner.de/> ■

Ulrike Rodust, MdEP

Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6, 23701 Eutin
Telefon 04521/5957
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter
Schlussredaktion: Beate Müller-Behrens
Endkorrektur: Gisela Teuchert-Benker ■

Die Bäderregelung in der Kreistagsfraktion ...

Die SPD Kreistagsfraktion hat auf ihrer Sommertour am 23. 8. 2012 in Scharbeutz mit dem OHT (Ostsee-Holstein-Tourismus) Vorsitzenden Volker Owerien und mit der Geschäftsführerin Katja Lauritzen über das in den Tourismusorten hochaktuelle Thema Bäderregelung diskutiert.

Der OHT Vorsitzende referierte, dass der Ostseetourismus Ostholstein zum Ganzjahresurlaubsgebiet gemacht hat. Auch die Monate Dezember und Januar sind für die Tourismusorte wichtig. Jede Veränderung der Bäderregelung würde zu Verlusten führen. Eine Regelung wie in Mecklenburg-Vorpommern würde deshalb nicht weiter helfen – Öffnungszeiten vom letzten Sonntag im März bis Ende Oktober bewirken zu hohe Verluste, da die Monate Dezember bis Februar komplett vom Ausfall der Bäderregelung betroffen wären. Dies fiel gerade deshalb so negativ ins Gewicht, da in dieser Zeit viele Urlauber

die Tourismusorte an der Ostsee besonders am Wochenende besuchen würden.

Der OHT Vorsitzende Owerien kann die Beweggründe der Kirche letztlich nicht nachempfinden, zumal die Bäderregelung in Schleswig-Holstein von nur zwölf Orten in vollem Umfang genutzt würde. Zudem gibt er zu bedenken, dass das Shoppen zu den drei wichtigsten Urlaubstätigkeiten gehört, wie Umfragen zeigten. Einheimische und Gäste nutzen die Möglichkeiten gerne, empfänden das Angebot als Entschleunigung in ihrem Leben. Deshalb hebt der Vorsitzende hervor: „Finger weg davon, wir lehnen jede Änderung kategorisch ab.“

Auf Nachfrage der Fraktion ist Herrn Owerien bewusst, dass ein Kompromiss mit der Kirche zu schließen sei, ein Gerichtsurteil nicht abgewartet werden solle. In den Gesprächen sieht er Verhandlungsspielraum dahingehend, dass die

Öffnungszeiten von 11.00 auf 12.00 Uhr verschoben werden könnten. Weiterhin müssten nicht alle Geschäfte (z. B. Baumärkte) geöffnet sein. Auch könne über weitere Aspekte verhandelt werden. Allerdings betont er mit Nachdruck abschließend, dass es besonders für die Existenz kleinerer Geschäfte wichtig sei, dass die Öffnungszeiten am Sonntag ganzjährig erhalten blieben.

SPD und OHT haben unterschiedliche Wege aufgezeigt. Alle Beteiligten müssen in den Dialog treten: Politik, Kirche, Gewerkschaften, Vertreter von Wirtschaft und Tourismus. Herr Owerien und ich sind uns einig, dass nicht die Gerichte entscheiden sollen. Die angekündigten Gespräche werden begrüßt und wir gehen davon aus, dass am Ende eine Regelung steht, die eine Auseinandersetzung vor Gericht überflüssig macht.“ ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender



Foto © Marcus Landsetzer

... Die Bäderregelung in der Landtagsfraktion

In diesen Wochen wird eine ostholsteinische Politikerin vor allem auf ein Thema angesprochen: Die Bäderregelung. Immer klingt darin der Vorwurf mit, wir würden die Sonntagsöffnung in unseren Ostseebädern abschaffen. Das ist Unfug!

Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW steht: „Wir werden im Dialog mit den Akteuren die schleswig-holsteinische Bäderregelung auf ein ausgewogenes Ausnahme-Regel-Verhältnis zurückführen.“

Im SHZ war dazu jüngst zu lesen, unser Fraktionsvorsitzender Ralf Stegner sei das Kamel, das die Bäderregelung wieder aufzurrt. Das ist mitnichten der Fall! Vielmehr ist bereits eine Klage gegen die bestehende Regelung anhängig. Während die Vorgängerregierung es nicht geschafft hat,

die verschiedenen Seiten an einen Tisch zu bringen und eine Lösung zu erarbeiten, ist es unser Bestreben, für einen fairen Interessensausgleich zu sorgen, um die Klage noch abzuwenden. Das bedeutet, wir wollen eine Bäderregelung, die auf Dauer für Touristen, für Gewerbetreibende, aber eben auch für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und die Kirchen ein akzeptiertes Instrument ist – weil es einen fairen Ausgleich der Interessen aller Beteiligten beinhaltet und eben nicht durch Gerichte entschieden wird.

Das hat die alte Landesregierung versucht, aber nicht geschafft. Deshalb ist es gut, wenn die neue Landesregierung sich jetzt darum kümmert. Mit Augenmaß, mit Sachverstand, mit Dialogfähigkeit und

ohne Zeitdruck. Deshalb begrüßen wir, dass Wirtschaftsminister Reinhard Meyer die Kirchen, Gewerkschaften sowie Vertreter von Wirtschaft und Tourismus an einen Tisch bringen wird, um nach diesem fairen Interessensausgleich zu suchen.

Warum muss das jetzt geschehen? Zwei Gerichtsurteile haben den besonderen Schutz des Sonntages, wie er in Artikel 139 unseres Grundgesetzes verankert ist, bestätigt und Hinweise für die Ausgestaltung von Sonntagsöffnungen gegeben. Hierbei ist ein Kern die Forderung nach einer konsequenten Beachtung des Regel-Ausnahme-Grundsatzes. Eine daraufhin von den beiden Kirchen auch gegen die Schleswig-Holsteinische Bäderregelung gerichtete Klage war für kurze Zeit ausge-

setzt worden, um im Dialog mit der CDU/FDP-Landesregierung zu versuchen, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Dieses ist gescheitert, die Klage wieder aufgelegt. Es kann doch nicht sein, dass immer wieder – und in Schleswig-Holstein haben wir hiermit in der Vergangenheit ja unsere Erfahrungen gemacht – Gerichte statt der Parlamente oder Regierungen selbst Entscheidungen treffen!

Häufig wird an dieser Stelle unser Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern ins Feld geführt. Die dortige – weitaus restriktivere! – Regelung kann Hinweise enthalten, aber eine Blaupause muss sie nicht sein. Sie ist übrigens Ergebnis eines Gerichtsprozesses. Wir wollen aber nicht, dass zunehmend Gerichtsurteile die Politik bestimmen, vielmehr muss Politik in der Lage sein, faire Lösungen zu finden. Daran arbeiten wir.

Es gibt mehrere Kriterien, an denen sich das von uns im Koalitionsvertrag angestrebte Regel-Ausnahme-Verhältnis orientieren kann:

- ◆ die Orte, für die die Bäderregelung gilt,
- ◆ Anfangs- und Endzeiten der Sonntagsöffnung,

◆ Definition des so genannten Warenkorbes,

◆ Definition der Saisonzeit.

Hier ist auch Kreativität gefragt! Man kann man zum Beispiel darüber nachdenken, ob alle Orte bei der Bäderregelung gleich behandelt werden sollen oder ob man sie sozusagen in „Bäder-Klassen“ einteilt („A-Orte“ mit mehr, „B-Orte“ mit weniger Tourismus), in denen dann jeweils angepasste Regelungen gelten. Eine Sonderbäderregelung gibt es bereits auf Helgoland.

Peter Eichstädt hat im Landtag betont, er glaube nicht an den Untergang des Abendlandes, wenn mit Rücksicht auf Familien, Arbeitnehmer und Kirchen nicht sieben, sondern etwas weniger Stunden eingekauft werden kann oder wenn man die Saisonzeiten der Bäderregelung denjenigen des Tourismus anpasst. Und auch die Frage, ob ein neuer Kühlschrank in den Sonntagswarenkorb gehören muss, könne er nicht wirklich als systemrelevant ansehen. Auch das möge alles am runden Tisch erörtert werden. Und genau den wollen wir! Nicht mehr und nicht weniger steht im Koalitionsvertrag. Es geht um Ausgleich der Interessen aller Beteiligten.

In der SPD-Landtagsfraktion akzeptieren und teilen wir neben den touristischen und ökonomischen Interessen, die mit der Bäderregelung verbunden sind, genauso die Erwartungen von Gewerkschaften und Kirchen, die den Sonntag als einen besonderen Tag der Ruhe erhalten wollen. Die Kirchen haben Recht, wenn sie sagen, dass ohne den Sonntag die Woche nur Werktage hat und die Forderung der Gewerkschaften, gerade bei der Sonntagsöffnung auch an die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihrer Familien zu denken, wird von uns ausdrücklich geteilt.

Die Bäderregelung ist eben nicht allein Sache der Wirtschaft, sondern sie betrifft auch die Kirchen und die Gewerkschaften und damit alle Teile unserer Gesellschaft.

Um auf das Bild mit dem Kamel zurückzukommen: Ein Kamel ist nicht, wer sich um Interessensausgleich bemüht, sondern wer sich nicht informiert. Auch ein Journalist (im genannten Fall vom SHZ) muss durch das Nadelöhr der Wahrheit. ■

Regina Poersch
Regina Poersch, MdL

Und noch dies

Am 18. August wurde in Eutin eine wunderbare Tradition begründet: Erstmals wurde – bei schönstem Sommerwetter! – auf dem Großen Eutiner See um das Festspielband des Ministerpräsidenten gesegelt. Mit vielen Sponsoren und Förderern der Eutiner Festspiele – und natürlich dem Schirmherrn der Festspiele und Festspielband-Stifter, Ministerpräsident Torsten Albig!



v. l. n. r. MP Torsten Albig, Festspiel-Intendantin Dominique Caron, Klaus Hoth von der Wirtschaftsvereinigung Eutin und der Vorsitzende Christoph Wiethold vom Ostholsteinischen Seglerverein Eutin, der den Regatta-Ablauf auf die Beine gestellt hat.

Abschiebehaft, ein Auslaufmodell?

In einer Podiumsdiskussion mit der Sprecherin für Integrationsfragen und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, und dem Landesbeauftragten für Flüchtlingsfragen, Stefan Schmidt, wurde die Frage erörtert. An der Diskussion beteiligten sich rund 40 Zuhörerinnen und Zuhörer.

Festgestellt wurde, dass die in Abschiebehaft befindlichen Menschen kein Verbrechen im herkömmlichen Sinne verübt haben. Aufgrund von zum Teil nicht fundierten Gründen sind sie trotzdem in Abschiebehaft gekommen. Dort werden ihre Menschenrechte eingeschränkt, sie dürfen nicht ihre eigenen Kleider tragen, stehen bis zu elf Stunden unter Verschluss, dürfen keine gemeinsamen Mahlzeiten mit anderen Inhaftierten einnehmen. Weiterhin ist es um die Krankenversorgung nicht gut bestellt. Immer wieder passiert es, dass unbegleitete Minderjährige in Abschiebehaft kommen, obwohl sich der Landtag dagegen ausgesprochen hat. Sie sind eigentlich in anderen Einrichtungen, wie z.B. dem Jugendhilfehaus in Lensahn unterzubringen. Die Diskutanten und der überwiegende Teil der Zuhörerinnen und Zuhörer sprachen sich zum Abschluss der 90-minütigen Veranstaltung dafür aus, dass die Abschiebehaft als Relikt der alten Asylpolitik abgeschafft werden muss.

Die SPD Schleswig-Holstein macht sich für eine Aufhebung der Abschiebehaft stark. Das findet sich auch im Regierungsprogramm der SPD zur Landtagswahl 2012 und auch im Koalitionsvertrag mit Bündnis 90/Die Grünen und dem SSW wieder. Da die Abschiebehaft auf bundesrechtlichen Vorschriften beruht, bedarf es einer Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Änderung der Gesetzgebung. Diese Initiative wird die Schleswig-Holstein-Koalition auf den Weg bringen. Bis dahin wird versucht, die Abschiebehaft entweder nicht in ehemaligen Gefängnissen, zumin-

dest aber mit anderen Standards, wie z.B. der Einrichtung von Gruppenküchen, ohne nächtlichem Einschluss und der Wahrung von Privatsphäre, umzusetzen.

Wer glaubt, dass diese Maßnahmen zu Mehrkosten führen, der irrt. Die Unterhaltung, Bewirtschaftung und notwendige Sanierung der Abschiebehaftanstalt in Rendsburg kostet jährlich mindestens 500.000 Euro. Für dieses und auch mit viel weniger Geld wären ganz andere Unterbringungsmöglichkeiten finanzierbar. ■

Lars Winter



Stefan Meier, Serpil Midyatli und Lars Winter

150 Jahre SPD

Das kommende Jahr wird für die SPD ein Jubiläumsjahr. Im Mai 2013 wird die SPD 150 Jahre. Außerdem ist in diesem Jahr der 100. Geburtstag von Willy Brandt und der 100. Todestag von August Bebel, einem der Gründungsväter unserer Partei. Bundesweit sind viele Veranstaltungen in Vorbereitung. Doch wir wollen die Feiern in

die Ortsvereine tragen. Der SPD Landesverband hat für diese Feiern den 5. Mai 2013 festgelegt. Es wird der Tag der Ortsvereine, in allen Ortsvereinen sollen am 5. Mai 2013 Veranstaltungen

stattfinden. Die Idee ist, dass die Ortsvereine etwas zu ihrer Geschichte machen. Vor der Kommunalwahl ist das eine zusätzliche Gelegenheit, auf sich aufmerksam zu machen.

Hierzu einige Ideen:

- ◆ Erzählcafés
- ◆ Ausstellungen über ihre Geschichte
- ◆ OV-Chronik erstellen
- ◆ Straßen/Plätze/Häuser besuchen, die nach Sozialdemokraten/innen benannt sind
- ◆ Stolpersteine für deportierte Sozialdemokraten
- ◆ Banner an SPD-Häusern/Geschäftsstellen
- ◆ Filmausschnitte zeigen
- ◆ Falls gerade geplant, feierliche Einweihung eines Platzes, einer Straße, eines Gebäudes auf diesen Tag legen
- ◆ Es können aber auch andere Veranstal-

tungen organisiert werden, wie z.B.: Kinder- oder Grillfeste und Flohmärkte.

Auf diesen Veranstaltungen soll dann „unser“ Geburtstag im Mittelpunkt stehen. Materialien, Flyer und Plakate werden rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Als Ansprechpartner dient euch die SPD-Kreisgeschäftsstelle, Joerg ist unser 150-Jahre-Beauftragter. Wendet euch gern an ihn.

In der Zeit vom 16. bis 18. August 2013 ist ein großes Parteifest in Berlin geplant. Jeder Kreisverband soll mit vielen Genossinnen und Genossen teilnehmen. Notiert euch bitte schon einmal den Termin. Einzelheiten dazu kommen später.

Um den Veranstaltungsmix am 5. Mai 2013 gut zu bewerben, bitte ich euch um Rückmeldung an die Geschäftsstelle, welche Veranstaltung ihr plant. ■

Lars Winter, MdL



Bürgerfragestunde auf Fehmarn

Seit Monaten beherrscht ein brisantes Thema die Insel Fehmarn: der Südstrand. Der Verkauf und die Bebauung der Grundstücke, ob Hotel oder Appartements werden diskutiert, Fragen zum Investor, dem Verhalten der Stadtverwaltung und des Bürgermeisters werden gestellt und nicht beantwortet.

Um für Klarheit und Transparenz zu sorgen und die Bürgerinnen und Bürger von Fehmarn zu informieren, hat die SPD Fraktion den Bürgermeister aufgefordert hierzu eine Bürgerfragestunde durchzuführen, schließlich wurde in letzter Zeit sogar der Rücktritt des Bürgermeisters öffentlich gefordert.

Am 11. September fand dann in der Mensa der Inselfschule die geforderte Infoveranstaltung statt. Der Saal war sehr gut gefüllt, auf dem Podium warteten neun

Herren – u.a. der Bürgermeister nebst Anwalt, der Bauamtsleiter und der Investorenvertreter – auf die Fragen der Bürger.

Die SPD Fehmarn war im Gegensatz zu anderen Parteien mit Fraktion und Vorstand fast komplett vertreten. Nach über drei Stunden, in denen es nicht immer nur sachlich zugeht, waren die meisten Zuschauer nicht schlauer, denn inhaltlich wurde nicht viel gesagt. Der Bauamtsleiter sprach nur über Vergangenes, aber nicht darüber, was am Südstrand tatsächlich geplant ist, der Bürgermeister ließ meistens seinen Anwalt antworten und der Investorenvertreter sagte eigentlich gar nichts. Die einzige verständliche Aussage des Investorenvertreters war die, dass in der holländischen Investorengruppe Stiftungen aus der Schweiz vertreten seien. Namen und Personen wurden nicht genannt, auch

der Baubeginn wurde nicht fest terminiert. Ganz deutlich wurde uns aber gesagt, dass das Grundstück jetzt den Investoren und nicht mehr der Stadt Fehmarn gehört, was die Investoren damit machen, ginge uns nichts an. Wir haben auch verstanden, dass alle vertraglichen Regelungen, die nicht im B-Plan festgehalten sind, nach dem Weiterverkauf eines Grundstückes keinen Wert mehr haben.

Nur ist das mit der SPD auf Fehmarn nicht zu machen, wir werden weiterhin Aufklärung fordern und die Bürgerinnen und Bürger über das, was wir wissen und das, was wir wissen wollen, informieren.

Und für die Kommunalwahl im Mai 2013 haben wir ein weiteres Thema auf der Insel. ■

Jörg Weber

stellv. Vorsitzender OV Fehmarn

Campingtourismus

Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Ostholstein und auf Fehmarn

Die Mitglieder der SPD-Teilfraktion Planung, Wirtschaft und Tourismus der Kreistagsfraktion hatten am 30. August 2012 einen Ortstermin auf dem Campingplatz Südstrand in Meeschendorf auf Fehmarn. Unterstützt vom ehemaligen Landtagsabgeordneten Gerd Poppendiecker und dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Hans-Peter Thomsen erläuterte der Betreiber des Platzes, Jens-Peter Bumann, den Gästen in einem ausführlichen Rundgang seinen Betrieb unter Berücksichtigung der Alleinstellungsmerkmale seines Platzes unmittelbar an der Ostsee.

Heinz-Dieter Steigert moderierte als Teilfraktionssprecher die anschließende Runde, an der auch Imke Bolle, die Leiterin des Tourismus-Service-Fehmarn teilnahm. Johannes Lüneberg, Projektleiter Campingtourismus bei der Entwicklungsgesellschaft Ostholstein (EGOH) in Eutin informierte die Kreistagsabgeordneten über die Bedeutung des Campingtourismus für die Insel Fehmarn, die 16 Betriebe mit insgesamt mehr als 6.600 Stellplätzen beheimatet. Insgesamt werden 44,5% davon von Tourismuscampern und 55,5% von Dauercampnern belegt. Ein Qualitätsmerkmal bundesweit ohnegleichen ist auch die Tatsache, dass von den 19 ADAC-Superplätzen in Deutschland vier auf der Insel Fehmarn liegen. Wirtschaftlich spielt der Campingtourismus für die Insel eine

bedeutende Rolle: Im Jahre 2010 gab es annähernd 2,8 Millionen Übernachtungen auf den fehmarnschen Campingplätzen; in Beherbergungsbetrieben mit mehr als neun Betten waren es etwa 920.000 Übernachtungen im gleichen Zeitraum. Dies wirkt sich natürlich auch auf die Umsatzzahlen bei den vom Tourismus profitierenden Betrieben aus. Mit 59 Millionen Euro jährlich und der Beschäftigungssicherung von mehr als 1400 Personen spielt der Campingtourismus in der Stadt Fehmarn eine bedeutende Rolle.

Johannes Lüneberg ging auch auf die kritisch diskutierte Erhöhung der Naturschutzstandards an der Nördlichen Seeniederung ein. Nach seiner Darstellung würden fünf Campingplätze im neuen Naturschutzgebiet liegen. Dies bedeute zwar Bestandssicherung für die bestehende Struktur, gebe allerdings kaum Raum für eine nachhaltige wirtschaftliche Weiterentwicklung der Campingplätze. Ein weiteres Thema war die Einführung der sogenannten Stellplatzsteuer, die einzelne Kommunen auch im Kreis Ostholstein eingeführt haben. Die Kreispolitiker waren sich einig, dass die Gemeinden unter Berücksichtigung der kommunalen und wirtschaftlichen Gegebenheiten sich dieses Themas mit Augenmaß annehmen sollten.

Jens-Peter Bumann und Imke Bolle sprachen auch die häufigen Sperrzeiten der

Fehmarnsundbrücke für Wohnwagengespänne bei Starkwind an, die inzwischen auch zu einer erheblichen Beeinträchtigung im Tourismussegment speziell bei den Campingplatzbetreibern auf Fehmarn führen. Obwohl der Kreis Ostholstein originär für dieses Problem nicht zuständig ist, wird sich der für Verkehrssicherheitsfragen zuständige Ausschuss in seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen. ■

Peter Baldus

Teilfraktion Planung, Wirtschaft, Tourismus



Jusos vor Ort

Diesen Monat trifft sich auch die Arbeitsgruppe der Neustädter Jusos zum zweiten Mal seit ihrer Neugründung. Ansprechpartner hier ist Peter Stark.

Nach der erfolgreichen Bürgermeisterinnen-Wahl schärfen die Jusos am Binnenwasser in erster Linie das jugendpolitische Profil der hiesigen SPD. Neustadt hat mehr als Meer zu bieten – das finden viele der jungen Bürgerinnen und Bürger. Und der Zulauf der AG spricht für sich.

Nicht nur in Neustadt – in ganz Ostholstein engagieren sich immer mehr junge Menschen. Politikverdrossenheit? Weit gefehlt! ■

Jahreshauptversammlung der Jusos Ostholstein



Volle Fahrt voraus

Sonntag, den 2. September 2012 trafen sich die Jusos Ostholstein zu ihrer Jahreshauptversammlung in Süsel. Tagesordnungspunkte waren unter anderem die Wahl eines neuen Vorstandes, sowie der Beschluss eines Manifests zur Kommunalwahl 2013, mit dem die Jusos im Wahlprogramm der SPD Akzente setzen wollen.

Zu Gast waren neben den drei SPD-Landtagsabgeordneten für Ostholstein, Regina Poersch, Sandra Redmann und Lars Winter, auch zwei Vertreterinnen der dänischen DSU Jugend. Die Zusammenarbeit mit der dänischen Schwesterpartei wurde auf der Versammlung noch von der SPD noch einmal als besonders wichtig hervorgehoben. Der Juso-Landesvorsitzende Alexander Wagner und seine Stellvertreterin Merle Stöver mischen ordentlich mit und halfen auch (fast freiwillig) beim Auszählen der Stimmen.

Der bisherige Vorsitzende Niclas Dürbrook aus Klingberg wurde für ein drittes Jahr im Amt bestätigt. Als Stellvertreter wurden Yannick Ashby (Bad Schwartau), Tim Dürbrook (Klingberg), Marcel Müller (Stockelsdorf) und Felix Feil (Fehmarn) gewählt. Jan Jensen aus Dissau wurde neuer Kreisgeschäftsführer. Beisitzerinnen und Beisitzer wurden Lina Köpsel, Peter Stark, Ria Stahl und Nils Langer aus Neustadt, sowie Björn Frohne aus Bad Schwartau.

„Nun geht es volle Fahrt voraus für den Wechsel im Kreis! Denn Ostholstein hat

mehr als Meer zu bieten – davon sind wir fest überzeugt. Die jüngsten Wahlen haben eine deutliche Trendwende aufgezeigt, die uns in unserer Arbeit nur bestärken kann.“, so der neugewählte stellvertretende Vorsitzende Yannick Ashby über die zukünftige Arbeit im Vorstand.

Die Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn überbrachte gegen 18 Uhr weitere Grußworte und freute sich über den positiven Trend der Juso-Aktivität im Kreis.

Der Kreisverband der Jusos Ostholstein hat sich im Weiteren auch gegen ein pauschales Verbot religiöser Beschneidungen bei Kindern ausgesprochen und schließt sich damit der Meinung der Bundestagsfraktion an. „Das Thema ist schwierig, aber ein schlichtes Verbot kann hier nicht zielführend sein. Vielmehr muss es im Dialog mit den Glaubensgemeinschaften zu einer einvernehmlichen Lösung kommen“, beschloss die Versammlung nach langer Diskussion.

Ein weiterer wichtiger Beschluss war ein klares Ja zur europäischen Integration und eine Verurteilung der verbalen Angriffe konservativer Politikerinnen und Politiker auf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, wie sie insbesondere auf Griechenland stattfinden. Politikerinnen und Politiker müssen begreifen, dass unsere Zukunft Europa heißt und dass das großartige Projekt der europäischen Einigung nicht an kleingeistigen nationalen Ressentiments scheitern darf. Deutschland

hat über Jahre massiv von Europa profitiert – nun ist es Zeit etwas davon zurückzugeben.“

Die Fülle an Anträgen konnte nicht an einem Abend abgearbeitet werden, weshalb die Versammlung den neuen Vorstand mit der Organisation einer Mitgliederversammlung betraut hat, die planmäßig im Dezember stattfinden soll. Viele Anträge wurden jedoch auch im Laufe des Abends noch in gemütlicher Runde beim gemeinsamen Grillen, noch bis lange nach Sonnenuntergang, debattiert.

Jugend in Aktion – youth in action!

Brücken über den Fehmarnbelt sind ein hitzig diskutiertes Thema. Ganz ohne Stahl und Beton kommen da die Jusos Ostholstein aus, die seit ihrem ersten Treffen mit den Genossinnen und Genossen der DSU in der Region Sjælland im März diesen Jahres Brücken der Freundschaft über den Belt geschlagen haben.

Auf der Jahreshauptversammlung überbrachten zwei Genossinnen Grußworte der dänischen Schwesterpartei. Ziel der Zusammenarbeit ist es grenzübergreifende Netzwerke zu knüpfen und den europäischen Gedanken ein greifbar zu machen.

Im März 2013 ist ein gemeinsames Seminar der Jusos mit der jungen DSU geplant. Im Rahmen der EU-Initiative „youth in action“ soll die Umweltpolitik in der Beltregion in den Mittelpunkt der Veranstaltung rücken.



Der neue Vorstand v.l.n.r.: Yannick Ashby, Felix Feil, Jan Jensen, Björn Frohne, Marcel Müller, Niclas Dürbrook, Lina Köpsel, Peter Stark, Tim Dürbrook, Nils Langer (auf dem Bild fehlt Ria Stahl).

Perspektiven 2013

„Wir brauchen rote Fäden für ein gerechtes Ostholstein“ Dies war der Gedanke, mit dem die Jusos in die Diskussion über ihre Beteiligung am Wahlprogramm der SPD zur Kommunalwahl 2013 begannen. Schnell entwickelte sich eine lebhaft Diskussionsrunde, die in einem Manifest festgehalten wurde, einem eigenen Leitbild für ein gerechteres, soziales und sowieso besseres Ostholstein.

Die Probleme des Kreises sind vielfältig. Aber eines zieht sich durch den ganzen Kreis von Stockelsdorf bis Puttgarden – der demografische Wandel trifft wohl keine Region in Norddeutschland so stark wie Ostholstein. Grund genug, dass sich die junge Generation laut Gehör verschafft! Aber wie kann der Kreis wieder für junge Menschen attraktiv gestaltet werden? Wie kann geändert werden, dass kaum junge Menschen zuziehen, aber zahlreiche wegziehen? Wie kann vor Ort die Energiewende, der Kita-Ausbau und die Hinterlandanbindung vorangebracht werden? Und wenn



junge Menschen hier sind, wie stärkt man deren Interesse an Mitbestimmung und politischer Beteiligung? Fragen, auf die die Jusos nicht nur konkrete Antworten haben, sondern Perspektiven entwickelt haben, wie Ostholstein aus Sicht der Jugend, die in den meisten Kommunalparlamenten zurzeit keine Stimme hat, sein müsste, sein kann.

Unter dem Arbeitstitel Perspektiven 2013 arbeitete die gesamte Juso-Basis an dem Entwurf. Die Beiträge wurden gesammelt, debattiert, auf der Jahreshauptversammlung zur Wahl gestellt und mit ein paar Änderungen einstimmig als Leitfaden beschlossen, der ein sozialdemokra-

tischer Kompass für junge Kommunalpolitik sein soll.

Da auf den Arbeitskreissitzungen zum Wahlprogramm der SPD sehr großes Interesse am Programm der Jusos geäußert wurde, hat die AG der Jusos als einzige Arbeitsgemeinschaft im Kreisverband ihre Ideen zu den Bereichen Natur+Umwelt, Verkehr, Finanzen, Wirtschaft, Arbeit+Soziales, Schule, Bildung, Kultur+Sport, Minderheiten und Integration, BürgerInnenbeteiligung, Jugendhilfe, Planung und demokratisches Engagement an die Ortsvereine der SPD geschickt. Dort soll es vor allem als Diskussionsgrundlage für das Programm der SPD 2013 dienen. ■

Jahresplanung

Der neue Vorstand traf sich am 9. September in Lensahn, um das kommende Jahr zu planen. Pünktlich um 10 Uhr ging es los, und vor 18 Uhr sollte niemand aufbrechen.

Wichtige Eckpunkte des vorherigen Vorstandes wurden in das kommende Jahr übernommen. Weiterhin wollen wir Jusos einmal im Monat bei einem offenen Treffen zusammenkommen und dabei ein politisches Thema diskutieren, Organisatorisches klären und einen netten Abend haben. Die Treffen sollen wie bisher an verschiedenen Orten stattfinden. Wir wollen versuchen, den Norden stärker einzubinden, u.a. soll eins der Treffen in Oldenburg stattfinden. Überhaupt ist der Nordkreis in diesem Jahr ein größeres Thema. Zurzeit klappert der neue stellvertretende Kreisvorsitzende Felix Feil (Fehmarn) nacheinander die Ortsvereine im Norden ab. Wir wollen wissen, wo der Schuh drückt, wo es eventuell Jusos gibt, die noch Kontakt brauchen.

Motor des Kreisverbandes bleiben auch im kommenden Jahr unsere Projektgruppen, die jeweils von einem Vorstandsmitglied geleitet werden. Finanziell der größte Brocken ist dabei unsere Dänemark-Kooperation (Leitung: Marcel Müller). Gemeinsam mit unserer dänischen Partnerorganisation DSU ist im kommenden

Jahr ein Seminar in Berlin mit insgesamt 40 TeilnehmerInnen geplant. Die Finanzierung läuft dabei größtenteils über EU-Programme.

Fortgesetzt wird auch unsere Projektgruppe Kommunalwahl (Leitung: Yannick Ashby), die nach Abschluss unseres Wahlprogramms vor allem an der Juso-Kampagne arbeiten soll und Jusos vor Ort unterstützen wird, die im kommenden Mai kandidieren. Als neue Projektgruppe hinzugekommen ist die Fehmarnbelt-Querung (Leitung: Felix Feil), die vor allem im Bereich der Vernetzung arbeiten soll. Ostholstein ist nicht als einzige Region von den Folgen einer möglichen Querung betroffen und darüber gilt es sich auszutauschen. Mögliche Themen sind hier ebenso die Folgen der Hinterlandanbindung auf Lolland, wie auch eine mögliche Elbquerung im Landkreis Lüneburg. Weiterhin haben wir Jusos bis zum kommenden Frühjahr den Vorsitz im Verband Politischer Jugend, einem Zusammenschluss aus allen politischen Jugendorganisationen im Kreis. Neuer Neumitgliederbeauftragter ist Tim Dürbrook, unterstützt von Lina Köpsel und Nils Langner. Yannick Ashby bleibt Pressesprecher, die grundsätzliche Organisation und Finanzen sind Aufgabe von Jan Jensen.

Alle Anträge, die bei der Jahreshauptversammlung nicht mehr behandelt wer-

den konnten, sollen auf einer Mitgliederversammlung mit anschließender Weihnachtsfeier am 8. Dezember beraten werden. Für den 20. Januar ist dann vor der heißen Wahlkampfphase noch ein Gender-Training geplant. Wir wollen uns für Geschlechterrollen sensibilisieren lassen. Alles in allem steht viel auf der Agenda und der Terminkalender ist prall gefüllt. Wir freuen uns in den kommenden zwölf Monaten auf zwei erfolgreiche Wahlkämpfe, viele gute Diskussionen und sozialdemokratische Beschlüsse! ■



Jusos vor Ort

Anfang des Jahres gründeten die Jusos in Bad Schwartau/Stockelsdorf eine AG, seit der Jahreshauptversammlung der Jusos Ostholstein ist sie mit vier Mitgliedern auch im Kreisvorstand gut vertreten. Koordinator für Bad Schwartau ist Yannick Ashby, für Stockelsdorf Marcel Müller. Von Beginn an sprachen sich die Jusos gegen eine Bebauung des Stockelsdorfer Herrngartens aus – mit Erfolg!

Eine Befragung von Schülerinnen und Schülern zu kommunalen Themen soll den Dialog zum Wahlkampf einleiten. Neben den beiden Wahlkämpfen wird nächstes Jahr auch ein Volkslauf, unter dem Motto 150 Jahre SPD – keine Zeit für Stillstand, stattfinden. ■

Eine Bitte an alle Ortsvereinsvorsitzenden und -vorstände



Viele „Alte“ in unserer Partei sind sehr fit geblieben und engagieren sich auch wenn sie die „60 oder 65 Jahr-Grenze“ erreicht haben. Einige tun dies so richtig „seniorengerecht“ und mit den entsprechenden Themen oder bringen einen interessanten politischen Unterhaltungstouch zu ihren gleichaltrigen Genossen oder Genossinnen. Andere aber sind noch so massiv beschäftigt (im Gemeinderat, im Stadtrat, im Kreistag, in Vorständen) weil kein Nachwuchs vorhanden ist oder aber, sie nicht loslassen können und damit den Weg für Jüngere blockieren.

Es gibt also für Menschen ab 60 Jahren vielerlei unterschiedliche Wege in der Partei für sich selber und/oder Andere aktiv zu werden. Eigentlich sollte man sich schon ab 55 oder 58 Jahren z. B. damit befassen .

Warum ich das so „breit“ darlege, kann ich Euch sagen. Meine 54 Jahre Mitgliedschaft (Jahrgang 1940) in der Partei sind rasant verlaufen und meine Juso-Zeit (noch vor dem geistigen Auge) war in Jahren, in denen wir in der Gemeinde Ratekau in den 3 Hauptorten noch bis zu 20 junge Sozis waren, sodass ich auch als junger Genosse schon im Gemeinderat war. Das ist heute allerdings eher die Ausnahme als die Regel. Wobei das durchaus die Grundlage war für ein Wissen um die Aufgaben einer Kommune, sodass es eine Basis für meine zeitweilige Kurdirektorentätigkeit war und später auch im Ruhestand mir den Weg zum Eutiner Stadtvertreter eröffnete.

Deshalb müssen wir auf dem Feld der Werbung in unseren Orten, kraft unserer Persönlichkeit für die Ziele und Werte un-

serer Partei auf allen politischen Ebenen aktiver werden und entgegen dem Trend, sich nur in Projekten für kurze Zeit zu engagieren, die Menschen in unserem Umfeld und unseren Heimatorten ansprechen, überzeugen und selbst motiviert mit ihnen kommunizieren.

Wir dürfen aber auch die Alten nicht vergessen und dürfen sie nicht ausschließlich zum Spielenachmittag oder Morgenkaffee oder zu Ausflügen zur AWO oder dem Sozialverband (was die wirklich gutmachen) schicken oder abwandern lassen, sondern auch an Themen der Zeit in ihrem eigenem Interesse heranzuführen.

Das dies Erfolg hat, zeigen die monatlichen Veranstaltungen der AG 60plus auf Ortsebene auf Fehmarn, in Heiligenhafen und Bad Schwartau. Auch auf der Kreisebene werden die Veranstaltungen und die wirklich interessanten Themen mit bekannten Referenten genutzt. Doch es dürften durchaus etwas mehr Besucher sein, denn Neustadt und das Hotel Stadt Kiel liegen durchaus in Ostholstein zentral und auch die Uhrzeit (15.00 Uhr) sollte ab und an auch für die jüngere Altersklasse schon mal interessant sein.

Also, werte Vorsitzende der Ortsvereine, „forstet“ bitte mal Eure Kartei durch, prüft bitte wer für den Weg nach Neustadt zu den Veranstaltungen von Euren Mitgliedern in Frage käme und u.U. bereit wäre auch Andere noch mit zunehmen. Fragt bitte auch gleich nach, wer bereit wäre aktiv mitzuarbeiten und benennt dem AG 60plus-Kreisvorstand (unter meiner Mail: alf.welack@gmx.de oder Tel.Nr. 04521/73911), die Namen derjenigen, die

dafür in Frage kämen (gern ab 55 Jahren) und überprüft auch einmal, ob unter den Interessierten nicht auch ein neuer Kreisvorsitzender (meine Zeit läuft nach 8 Jahren aus) zu finden ist.

Bitte bedenkt, es sind die Jungen die nach vorn „rennen“ und wenn sie nicht durch das Studium bedingt wegziehen, unsere Botschaft weitertragen und Nachwuchs für die Partei generieren und es sind die Alten, wenn man sie interessiert „beschäftigt“ nicht nur unsere Partei bis zu ihrem Tod zusammenhalten, sondern auf vielen gesellschaftlichen Ebenen unsere Partei positiv vertreten.

Ihr aber, geehrte Funktionsträger des mittleren Alters, könntet einerseits viel mehr Hilfe haben, wenn ihr die „Alten“ mehr einbindet oder sie dorthin empfiehlt, wo noch über „politische Themen“ lebendig informiert, diskutiert wird, aber auch Dinge zur Umsetzung kommen.

Wissende und engagierte Genossinnen und Genossen sind für Euch und für uns alle ein Multiplikator und zugleich könnte die Basis der Besucher der AG 60plus-Veranstaltungen auf Kreisebene größer werden. Ich danke Euch für Euer Verständnis und Euer Bemühen.

Alle Mitglieder, die diesen Text lesen, sollten einmal Ihre eigene Aktivität überprüfen um ihre geistige Fitness sich zu bewahren solange die Gesundheit dies zulässt..

V.i.S.d.P.

im Namen des Vorstandes

Alfred Welack, Kreisvorsitzender der SPD
AG 60plus Kreisverband Ostholstein